

Atommüll-Endlager? - Taaken

Rolf Wedemeyer

Schon 1938 entdeckte Otto Hahn die Energiegewinnung aus Kernspaltung. Am 01.02.1962 ging das erste Atomkraftwerk in Kahl am Main (Bayern) in Deutschland ans Netz. Seither wurden 36 weitere Kraftwerke gebaut und in Betrieb genommen.

Erforderliche Brennelemente wurden in Hanau und zuletzt nur noch in Lingen produziert. Abgebrannte Brennstäbe wurden teilweise wiederaufbereitet (La Hague/FR oder Sellafield/GBR).

Nach der Katastrophe von Fukushima hat die Bundesregierung die Abschaltung aller AKW in Deutschland bis Ende 2022 beschlossen; noch sind sechs AKW in Betrieb! Es werden dann 1900 t hochradioaktiver Müll angefallen sein.

Die verbrauchten Brennelemente sind dann also als Müll zu entsorgen; man kann sie halt nicht in den AKW oder den 16 bestehenden Zwischenlagern dauerhaft einlagern.

Es muss daher nach einem Standort für ein, wie es heißt „bestmögliches“ Endlager gesucht werden.

Seit 2017, mit der Erstellung des Standortauswahlgesetzes (StandAG), wird diese Suche nun betrieben. Nach wissenschaftlicher Meinung ist dafür ein geologisches Tiefenlager am besten geeignet.

Als Wirtsgesteine, also dort wo eingelagert werden kann, sind Salz, Ton oder Granit (Kristallin) geeignet. In anderen europäischen Ländern wird da Granit bevorzugt. In Finnland, Frankreich und der Schweiz wird dazu geforscht. Finnland ist kurz vor der Einlagerung.

In Deutschland ist die BGE für die Suche nach einem Endlager zuständig; sie ist eine Gesellschaft zu 100% in Bundeshand. Weitere Akteure sind das BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung/Atommüll-Bundesamt) und das NBG (Nationale Begleitgremium).

BGE führt aus; BASE beaufsichtigt und NBG soll aufpassen, das alles korrekt abläuft.

Die Bürgerbeteiligung, die das StandAG vorsieht, bleibt auf der Strecke.

Nachdem die BGE im September 2020 den sog. Teilgebietebericht vorgelegt hat und damit 90 Teilgebiete oder auch 54 % des Bundesgebietes als möglichen Standort für ein Endlager ausgewiesen hat, waren die betroffenen Regionen alarmiert. So sind auch wir hier in Taaken dazu gekommen, eine BI zu gründen und uns ausgiebig mit dem Thema Endlagersuche zu befassen.

Seit der Bekanntgabe der Standorte gab es drei sog. Teilgebietskonferenzen, auf denen die Bürger sich über das Thema Endlagersuche zur Geologie und zum Verfahrensablauf informieren und darüber diskutieren konnten.

Nach Ablauf dieser drei TGK soll nun aber die Bürgerbeteiligung enden. Die BGE würde also im stillen Kämmerlein weiterarbeiten, um dann in ca. 2 bis 3 Jahren die Suche auf nur wenige (4 – 6) Standorte weiter einzuschränken. Bis 2031 soll dann der „bestmögliche“ Standort gefunden sein. Bis 2051 soll dann der Ausbau vollzogen werden, um dort dann anschließend den hochradioaktiven Atommüll einzulagern.

Die Infrastruktur der Region um solch einen Standort würde nachhaltig verändert werden. Allein die oberirdische Struktur am Standort wird mit 40 – 60 ha Größe angegeben. Auto- und Eisenbahnanschlüsse müssten erstellt werden. Zuwegungen allgemein würden dazu kommen.

Es ist also eine Generationenaufgabe. Unsere Kinder und Kindeskiner werden noch mit der Einlagerung zu tun haben, bevor am Ende das Endlager verschlossen wird. Dann soll noch 500 Jahre die Rückholbarkeit gewährleistet bleiben und dann der Atommüll für eine Million Jahre sicher eingeschlossen sein. ???